

## **Aufklären statt Weichspülen**

Nicht einmal zwanzig Jahre nach dem Mauerfall ist aus der ehemaligen DDR so etwas wie Vineta geworden. Versunken in den Fluten der Geschichte, wiederauferstanden im goldigen Schein der verklärenden Erinnerung, befreit von ihrer schäbigen Realität.

Dabei war die DDR als sie zusammenbrach, restlos diskreditiert. Die Bürger kehrten ihr scharenweise den Rücken, die SED schmolz vor aller Augen auf ihren harten Kern unbelehrbarer Kader zusammen, denen die Trümmer ihrer gescheiterten Ideologie um die Ohren flogen. Um ein Haar wäre sie von den von Scham und Reue geplagten Delegierten des letzten SED-Parteitag im Dezember 1989 aufgelöst worden, was der kurz darauf zum letzten Vorsitzenden avancierte Gregor Gysi mit dem Hinweis auf das zu verlierende Vermögen verhinderte. Die SED verlor in wenigen Monaten über zwei Millionen Mitglieder, obwohl ihr schnell das Etikett PDS, Partei des Demokratischen Sozialismus, angehängt wurde. Sogar die Stasi wollte nicht mehr Schild und Schwert der Partei sein, sondern ein Geheimdienst, wie jeder andere. Sie wurde trotzdem aufgelöst. Zwei Jahre nach dem Verschwinden der Staatssicherheit wurden ihre Akten geöffnet. Die dabei zum Vorschein kommenden Maßnahme-, und Zersetzungspläne zur systematischen Zerstörung von Menschen zeigten die Fratze eines Systems, von dem es kein menschliches Antlitz geben konnte. Dass die DDR eine Diktatur war, die ihre Bürger hinter Mauern einsperrte, denen man bei Strafe des Verlusts seines Lebens nicht zu nahe kommen durfte, wusste Anfang der neunziger Jahre jedes Kleinkind. Genauso klar war, dass die DDR nicht nur moralisch und politisch am Ende war, sondern dass sie ihre wirtschaftliche Grundlage so gründlich zerstört hatte, dass sich kein Militärputsch mehr lohnte, um das zerbröckelnde Staatswesen zusammen zu halten.

Niemand hätte sich damals vorstellen können, in welchem Maß die DDR nicht mal zwanzig Jahre nach ihrem schmachvollen Abgang aus der Weltgeschichte als Schimäre wieder aufersteht.

Daran haben viele Anteil: Westlinke, die auf die DDR als das angeblich bessere Deutschland fixiert waren, die dieses Land als „vertretbares Experiment“ ansahen, weil sie es nicht selbst erdulden mussten und die ihre Illusionen vom „demokratischen Sozialismus“ um jeden Preis bewahren wollten. SED-Kader, die ihre eigenen verfehlten Biografien dadurch zu retten versuchten, dass sie ihre Irrtümer zu denen aller Ostdeutschen erklärten und das Scheitern ihrer Staatsmacht als Angriff auf ostdeutsche Lebensentwürfe uminterpretierten. Journalisten, die das letzte Aufgebot zur Rettung der SED von Gregor Gysi, über Lothar Bisky bis Andre Brie zu gefragten Interviewpartnern und Talkshow-Gästen machten, obwohl sie in einer beispiellosen Klagewelle allen Medien und Personen einen Maulkorb verpassten, die versuchten, Licht ins Dunkel der Stasiverstrickungen und Vermögensverschiebungen zu bringen.

Ab 1994 übten sich verstärkt der SPD nahe stehende Historiker und Publizisten in der Weichspülung der DDR-Verhältnisse, nachdem sich Sachsen-Anhalts SPD erstmals von der SED, die nun PDS hieß, an die Macht helfen ließ. Spätestens dann durften SED und DDR nicht mehr als das erscheinen, was sie waren: eine skrupellose Partei des Mauerbaus und des Schießbefehls in einer straff geführten Diktatur. Der Kampf um die Deutungshoheit über die Geschichte der DDR begann.

Zunächst schien die Ausgangslage für die Ehrenretter der DDR schlecht. Der erste gesamtdeutsche Bundestag setzte 1992 eine Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur ein. Dabei wurden zahlreiche Facetten der Unterdrückungsgeschichte des SED-Regimes untersucht und publik gemacht. Auf Empfehlung dieser Kommission wurde im Juni 1998

eine Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gegründet. .

Außerdem gab es noch die Bundesbehörde für die geöffneten Stasi-Unterlagen. Man sollte meinen, dass mit zwei solchen Institutionen die historischen Fakten über alle Legendenbildung siegen würden. Es kam jedoch anders.

Schon bald sorgte die Gauck-Behörde für Irritationen bei den Verfolgten des DDR-Regimes, als bekannt wurde, dass dort ehemalige Stasi-Offiziere arbeiteten, ohne deren Hilfe man angeblich den Aktenbestand nicht erschließen könne. Bürgerrechtler, die sich gegen die dubiose Behördenpolitik zur Wehr setzten, wurden massiv unter Druck gesetzt, an den Rand gedrängt, oder entlassen.

Nicht einmal unsere Parlamente sind stasifrei. Allein in Brandenburg waren der Parteichef, die Fraktionschefin und der innenpolitische Sprecher der Linken für die Stasi tätig. Im Bundestag gibt es sogar einen ehemaligen West-Spitzel, der damit immerhin eine Straftat beging. Man muss in Deutschland seine Stasiverstrickung nur hartnäckig genug leugnen oder weginterpretieren, schon ist man für höchste politische Ämter geeignet. Als die PDS 2005 erstmals einen hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter in den Bundestag schickte, gab es nur darüber noch eine kleine Spiegel-Meldung .

Wer sich damit nicht abfinden kann und auf diese Missstände hinweist, sieht sich heftigen, zum Teil zerstörerischen Attacken ausgesetzt. Wie brutal die Wahl der Mittel bei solchen Kampagnen sein kann, hat als erster der Schriftsteller Jürgen Fuchs zu spüren bekommen. Die TAZ hob einen Fortsetzungsroman ins Blatt, in dem er mit den sichtbaren Zeichen seiner schweren Krebserkrankung verhöhnt wurde.

Mit den Jahren wurde der Blick der veröffentlichten Meinung auf die Zustände des untergegangenen Staates immer milder. Die Partei der ehemaligen Machthaber war geschickt im Begriffe setzen, die den tristen Zuständen im real existierenden Sozialismus den Schrecken nahmen. „Es war nicht alles schlecht“ stand am Anfang der Verklärung der DDR. Heute erscheint sie in den Reden der Linken geradezu als Sozialparadies. Da wird nicht nur von den Kinderkrippen geschwärmt, sondern das „kostenlose“ Gesundheitssystem bejubelt, in dem Zähne ohne Betäubung gebohrt wurden und die künstlichen Nieren für kaum ein Zehntel der Patienten reichten. Dass damals für die Herrschenden spezielle Krankenhäuser und Medikamente aus dem Westen bereit standen, von denen die Bevölkerung nur träumen konnte, fällt ebenso unter den Tisch wie die Sonderversorgungssysteme für die Systemstützen, die sich die von ihnen erzeugte Mangelwirtschaft nicht zumuten wollten.

Die DDR wird inzwischen sogar als positives Beispiel gegenüber den angeblichen Gebrechen des „Kapitalismus“ bemüht. In der DDR hätte es keine Obdachlosigkeit gegeben! Aber man musste jahrelang auf eine Wohnung warten. Ich war gezwungen 1972 mein Studium an der Leipziger Universität abzubrechen, weil es für eine Mutter mit Kind keine Unterkunft in der ganzen Stadt gab.

In der DDR hätte es keine Arbeitslosigkeit gegeben! Wer aus politischen Gründen in Ungnade fiel, musste niedrigste Arbeiten annehmen, um seinen Lebensunterhalt zu sichern. Als ich 1983 über Nacht meinem Beruf als Lektorin am Verlag Neues Leben verlor, wurde mir eine Stelle als Abwäscherin im VEB Abwasserbehandlung zugewiesen. Der Betrieb weigerte sich, mich an seine Spüle zu lassen, weil ich ein politisch unzuverlässiges Element sei. Mit der Sicherheit des

Arbeitsplatzes war es also nicht weit her, sobald man mit dem System in Konflikt kam.

Seit einiger Zeit gibt es Bestrebungen, der Verklärung der DDR auch eine wissenschaftliche Grundlage zu geben. Was als allmähliche Trendwende in der Forschung weg von der Diktatur hin zum Alltag begann, beherrscht inzwischen weite Teile der Wissenschaft. Das aus der DDR-Akademie der Wissenschaften hervorgegangene Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschungen, wo man die DDR gerne als „Konsensdiktatur“ bezeichnet, wird zunehmend zum Leitinstitut, während der diktaturkritische „Forschungsverbund SED-Staat“ an der FU Berlin gegen seine Abwicklung kämpfen muss. Die wissenschaftlichen Gremien der Aufarbeitung werden von Leuten dominiert, die meinen, man dürfe die DDR nicht nur auf ihre Diktatur-Geschichte reduzieren.

Wenn man nicht mehr von der Diktatur, nur noch vom Alltag der DDR redet, nutzt das der SED-PDS-Linken, die sich im Augenblick anschickt, die Regierung eines westdeutschen Flächenlandes mitzubestimmen. Wo das enden kann, könnte ein

Blick in die Geschichte zeigen. Deshalb ist Aufklärung über die DDR-Geschichte ein Thema, das über die Zukunft Deutschlands entscheidet.